



Sylvia Kotting-Uhl

Mitglied des deutschen Bundestages

Büro Rhein-Neckar
Hauptstr. 41, 69151 Neckargemünd

☎ (06223) 866 423

☎ (06223) 866 813

✉ sylvia.kotting-uhl@wk2.bundestag.de

23.11.06

"Je mehr Details über die Umstände des geheimgehaltenen Genmais-Anbaus in Baden-Württemberg bekannt werden, desto klarer wird, wie unverantwortlich die Behörden vorgegangen sind", erklärt die umweltpolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion Sylvia Kotting-Uhl.

Das Bundessortenamt hat jetzt gegenüber dem Wahlkreisbüro der Abgeordneten bestätigt, dass die angebauten Genmais-Pflanzen aus dem Versuchsanbau keinerlei Verwendungseinschränkungen unterlagen. "Das heißt, dass das Erntegut auch verfüttert oder auf dem Feld eingearbeitet werden durfte, da eine entsprechende Lebensmittel-Zulassung im Sinne einer EU-Verordnung vorlag", so Kotting-Uhl.

Die Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen hatte vor zwei Tagen die Presse über eine Liste von unter der Decke gehaltenen Standorten in Baden-Württemberg informiert, an denen in den Jahren 1998-2004 gentechnisch veränderter Mais zu Versuchszwecken angebaut wurde.

Nach Informationen, die der Abgeordneten vorliegen, wurden im Auftrag des Bundessortenamtes von verschiedenen Firmen, dem Land Baden-Württemberg und ihren Forschungseinrichtungen in 17 Gemeinden in Baden-Württemberg gentechnisch veränderter Mais im Rahmen von Sortenzulassungs-Prüfungen angebaut.

Das Land Baden-Württemberg war durch seine Genehmigungs- und Überwachungsbehörden über diese Standorte informiert.

Nachdem die Landesregierung den Genmais vor Kommune, Bevölkerung und Landwirten verheimlicht habe, müsse sie nun wenigstens im Nachhinein ihrer Sorgfaltspflicht gegenüber der Bevölkerung nachkommen. Es müsse gesichert werden, dass Felder in der Umgebung nicht durch Kontaminationen gefährdet wurden.

„Wer trägt die Verantwortung für die weitere Verwendung der Ernte von diesen Versuchsflächen? Wurde dem Verbraucher, und sei es nur in Form von Tierfutter, der Genmais untergejubelt? Wer kontrollierte die angrenzenden Felder und Naturflächen auf Verunreinigungen?“ diese Fragen möchte Kotting-Uhl von der Landesregierung beantwortet haben.

PRESSSEMITTEILUNG